

Landesregierung: Niemand hat gemauschelt

ESF-Mittel Sozialministerium sieht keine Rechtsverstöße in Dreyers Amtszeit – CDU-Opposition bleibt bei ihrer Kritik

Von unserem Redakteur
Dietmar Brück

■ **Rheinland-Pfalz.** Keine Mau-schelei, Vergabe korrekt: Das So-zialministerium hat Vorwürfe der CDU-Opposition zurückgewiesen, in der Amtszeit von Regierun-gschefin Malu Dreyer (SPD) seien ei-ner Trierer Firma Aufträge zuge-schanzt worden. „Es war alles kor-rekt“, erklärte Sozialministerin Sa-bine Bätzing-Lichtenthäler (SPD) bei einer frühmorgendlichen Ge-sprächsrunde. Ähnlich äußerte sich Regina Wicke, Referatsleiterin für den Bereich Europäischer Sozial-fonds (ESF) im Ministerium. Aus dem Brüsseler ESF-Topf fließen Hunderte Millionen Euro nach Rheinland-Pfalz, um Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu gestalten.

Nach monatelangen Recherchen will die CDU einen Beispielfall für Rechtsverstöße ausgemacht haben: Demnach wurde 2012 der Auftrag für eine Telefonhotline freihändig an die Trierer Firma Schneider Or-

ganisationsberatung vergeben. Diese Stelle können Privatpersonen anwählen, wenn sie sich weiterbil-den wollen und damit für einen Quali-Scheck bewerben, wie das Fortbildungsprojekt im Sozialmi-nisterium genannt wird.

Argumentation CDU: Der Auf-tragswert von 212 000 Euro lag 12 000 Euro über dem EU-Schwel-lenwert für eine Ausschreibung. Also wurde rechtswidrig vergeben. Argumentation Sozialministerium: Eine Ausschreibung war nicht nö-tig, schon gar keine EU-weite.

Nationale Ausschreibung genügte

Wie begründet das Sozialministe-rium seine Sicht? Unstrittig ist: Die Schneider Organisationsberatung, langjähriger Partner des Landes, erhielt im Januar 2009 erwar-tungsgemäß wiederholt den Auf-trag, drei Jahre für das Land als ESF-Beratungsstelle zu wirken: Auftragsvolumen 1,6 Millionen Euro. Hierfür reichte laut Ministerium eine nationale Ausschreibung, die

das Trierer Unternehmen gewann. Parallel dazu startete ein paar Wo-chen später das Landes-Modell-projekt Quali-Scheck samt Tele-fonhotline, auch hier ging es um ESF-Geld. Diese beiden Aufträge übernahm eine eigens dafür ge-gründete andere Schneider-Firma, die RAT GmbH. Im Sommer 2012 – nach der Mo-dellphase – ging der Quali-Scheck (Weiter-leitung der ESF-Mittel, Bearbeitung der Anträ-ge) in die Verantwor-tung des Landesamts für Soziales, Jugend und Versorgung über. Den Auftrag für die Hotline erhielt in-des, wie gesagt, die Schneider Or-ganisationsberatung – ohne Aus-schreibung. Laut Ministerium han-delte es sich um eine „geringfügige Nachbestellung“ des ursprüngli-chen Schneider-Auftrags, als ESF-Beratungsstelle zu wirken. Eine derartige Nachbestellung ist mög-

lich, wenn ein Folgeauftrag eine ähnliche Leistung beinhaltet und nicht mehr als 20 Prozent des Ur-sprungsvolumens umfasst. Setzt man die 1,6 Millionen Euro an, kommt man bei den 212 000 sogar nur auf 13,25 Prozent, sagt Refe-ratsleiterin Wicke.

Falsch, sagt die CDU, da die Telefonhotline in der Modellphase von einer anderen Firma gemanagt wurde als in der eigentlichen Pro-jektphase. Schneider Organisationsberatung könne keinen Auftrag Jahre später als Nach-bestellung bekommen, der vorher von der RAT GmbH er-ledigt wurde. Zudem berate die ESF-Landesberatungsstelle Pro-jektträger, also Unternehmen und Initiativen, während die Hotline sich an Einzelpersonen richte. Mit anderen Worten: Man kann nur nachbestellen, was man vorher be-reits geordert hat, und nicht etwas

völlig anderes. Unzulässiger Ein-wand, sagt das Ministerium. Der erste Schneider-Auftrag lautete auf ESF-Beratung – darunter könne auch die individuelle Ansprache fallen. Fakt ist allerdings, dass von individueller Förderung im Aus-schreibungstext nicht die Rede war. Laut Ministerium wurde dieser Be-darf erst später relevant. Er sei im „Operationellen Programm“ zum ESF-Management im Land aber bereits angelegt gewesen.

Zu wenige geeignete Firmen?

Wie kommt es nun, dass seit Jahren sämtliche ESF-Aufträge an Schnei-der gehen? „Es gibt wenige Be-werber in diesem speziellen Markt“, sagt das Ministerium. Und dies, obwohl es um ein zweistelli-ges Millionenvolumen geht. Und warum wurde der Quali-Scheck später vom Land übernommen, nicht aber die Telefonhotline? „Wir hatten zu wenig Personal im Lan-desamt“, heißt es. Daher sei nur die Alternative Schneider geblieben.



Ministerin Bätzing-Lichtenthäler (SPD)

Druckfrisch im Druckhaus: Die Autoren von „So war das damals – Band 2“



■ **Koblenz.** Viele der Autoren des neuen Buches „So war das damals – Band 2“, also den Erinne-rungen unserer Leser, waren der Einladung in unser Druckhaus gefolgt: zur Präsentation der druckfrischen Ausgabe. Vom Hunsrück und der Nahe waren sie gekommen, aus dem Westerwald natürlich und aus der Eifel – sogar aus Hannover war ein Leser unserer Zeitung angereist, den es vor einigen Jahren nach Niedersachsen ver-

schlagen hat, der aber auch dort seiner Heimat-ausgabe treu geblieben ist. Als die Bücher über-reicht wurden, fing selbstverständlich erst ein-mal das große Blättern an: Jeder suchte seine Geschichte – und unsere Grafikerin Sandy Flechtnr, die das Buch gestaltet hat, erhielt jede Menge Komplimente: „Toll, was Sie aus den al-ten Bildern gemacht haben. Meine Geschichte ist ja richtig toll geworden.“ Nach Imbiss und Plau-

dereien gab es dann eine Führung durch unser Druckhaus, in dem jeden Abend die Rhein-Zei-tung und ihre Heimatausgaben entstehen. „Ist das Buch denn auch hier gedruckt worden?“ Nein, hier entsteht die Zeitung, die Maschinen sind nicht für Bücher. Das übernimmt – wie im-mer in hervorragender Qualität – unsere Dru-ckerei in Hachenburg. Auch diesen Kollegen ein dickes Kompliment.

Foto: Winfried Scholz

CDU: Polizei ist schlecht ausgestattet

Sicherheit Ministerium widerspricht Kritik

■ **Rheinland-Pfalz.** Angesichts ver-mehrter Übergriffe auf Polizisten sollen die Sicherheitskräfte besser ausgestattet werden, forderte die CDU-Landtagsfraktion in einem Antrag zur aktuellen Sitzung und kritisierte Defizite bei der techni-schen Ausstattung. Rot-Grün lehnte den Antrag allerdings ab: Die Po-lizei habe eine Topausstattung. Be-fremdet zeigt sich auch die Ge-werkschaft der Polizei (GdP) – was wiederum die CDU befremdet.

Der Wunschzettel der Union für die Polizei reicht von mehr Papier im Büro bis zur Einführung einer Distanzwaffe, mit der „die derzei-tige Lücke zwischen Pfefferspray und Waffe“ geschlossen werden soll. Die Opposition fordert zwar nicht explizit die Bewaffnung von Polizisten mit einem Taser, also ei-ner Elektroschock-Pistole. Ihr An-trag spricht aber von „großem Er-folg“ dieser Waffe bei Einsätzen in vielen europäischen Ländern und verlangt, die Einführung solcher Waffen zu prüfen. Bisher sind nur Spezialeinsatzkräfte (SEK) mit Ta-tern ausgestattet.

Der Landesvorsitzende der Ge-werkschaft der Polizei (GdP), Ernst Scharbach, widerspricht. Der Staat sei für den poli-zeilichen Einzel-dienst mit Strei-fenwagen und zwei Beamten un-geeignet. Und aus den USA gebe es immer wieder Be-richte über Todes-fälle bei einem Ta-ser-Einsatz.

Ernst Scharbach (GdP)

Einen unzurei-chenden Schutz sieht der innen-politische Sprecher der CDU-Land-tagsfraktion, Matthias Lammert, bei Messerangriffen auf Polizeibeamte. Deswegen sollten die derzeit ver-fügbaren Schutzwesten nachge-rüstet werden. Das Land tue alles, um den Polizisten einen möglichst sicheren Dienst zu gewährleisten, erklärt dazu ein Sprecher des In-nenministeriums und verweist auf Investitionen in Höhe von 600 000 Euro. „Wir haben die besten Schutzwesten in Rheinland-Pfalz, die es überhaupt gibt“, sagt auch Gewerkschafter Scharbach.

Geteilt werden die Forderungen der Christdemokraten von der kon-servativeren Deutschen Polizeige-werkschaft (DPoIG), die dem Deut-schen Beamtenschaft nahesteht. Auch die Union wundert sich. Die Defizite seien in einer „Runde mit hochkarätigen“ Polizeivertretern“ aus dem Land besprochen worden. Und da sei auch die GDP dabei ge-wesen.

Land in Zahlen

1,62

Milliarden Euro haben die staatlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2013 ausgegeben. Laut Statistischem Landesamt in Bad Ems sind dies knapp 57 Millionen Euro mehr als 2012. 1,56 Milliarden Euro flossen für laufende Ausgaben.

Kompakt

Komasaufen: 1340 Jugendliche in Kliniken

■ **Rheinland-Pfalz.** Die Kranken-häuser im Land müssen immer mehr Jugendliche mit akuter Al-koholvergiftung behandeln. Im vergangenen Jahr war bei 1340 Jugendlichen und jungen Er-wachsenen eine stationäre Be-handlung nötig – fast jeder fünfte Patient (18,8 Prozent) mit dieser Diagnose war erst 15 bis 19 Jahre alt. Bei den Jungen dieser Alters-gruppe stieg die durchschnittliche Zahl der Fälle pro 1000 Einwohner binnen einem Jahr von 6,9 auf 8,0, bei den Mädchen und jungen Frauen von 4,0 auf 4,5. Diese Zahlen teilte das Statistische Lan-desamt in Bad Ems mit. Insgesamt wurden 7130 Betrunkene im ver-gangenen Jahr zur stationären Behandlung eingeliefert, 4 Prozent mehr als 2013.

Landtagsabgeordnete zwei Tage offline

■ **Rheinland-Pfalz.** Volksvertreter ohne parlamentarischen E-Mail-Zugang zum Volk: Der Mailserver des rheinland-pfälzischen Land-tags war am Donnerstag den zweiten Tag in Folge offline. Grund sei der Umzug der Land-tagsverwaltung, der auch eine neue Aufstellung des Mailservers, also des Computers für die Steu-erung des E-Mail-Verkehrs, not-wendig gemacht habe, erklärte ein Sprecher des Landtags. Mit dem Umzug zunächst der Verwaltung werden Sanierung und Umbau des historischen Landtagsgebäudes vorbereitet. Der Mailserver musste wegen des Umzugs herunterge-fahren und dann neu gestartet werden. Die Neuvorgang habe sich als schwieriger herausgestellt als erwartet, sagte der Sprecher.

18,5 Kilo Marihuana im Kofferraum

■ **Koblenz.** 18,5 Kilogramm Mari-huana haben Zollfahnder im Kof-ferraum eines 51-Jährigen auf ei-ner Autobahn im Raum Koblenz gefunden. Die 44 Drogenpakete waren in einem Hohlraum hinter der Rückbank versteckt, der mit einer zusätzlichen Metallplatte verschweißt war, wie das Haupt-zollamt Koblenz mitteilte. Bei dem Fund vom vergangenen Samstag handele es sich um die größte Menge Marihuana, die in dem Raum in den vergangenen zwei Jahren beschlagnahmt worden sei, sagte ein Sprecher. Der Straßenverkaufswert liege bei etwa 175 000 Euro. Der 51 Jahre alte Autofahrer sitzt jetzt in Untersuchungshaft.

Flüchtlinge könnten Islam in Deutschland verändern

Asyl Mainzer Wissenschaftler erkennt eine zunehmende Arabisierung der Religion – Moscheengemeinden offen für Neuankömmlinge

Von Peter Zschunke

■ **Rheinland-Pfalz.** Religion gibt Menschen auf der Flucht einen Halt. Viele Muslime suchen nach ihrer Ankunft eine Moschee zum Beten. Dabei finden Syrer, Iraker oder Afghanen in den meisten Städten gewachsene Gemeinde-strukturen vor. Experten erwarten, dass sich die Gewichte zwischen den unterschiedlichen islamischen Verbänden verändern.

Die Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib) ist der mit Abstand größte islamische Verband. Daher sei die Wahrneh-mung des Islams in Deutschland bislang türkisch geprägt, sagt der Mainzer Islamwissenschaftler

Marwan Abou Taam. „Durch die Flüchtlinge aus Syrien kommt es zu einer zunehmenden Arabisie-rung des Islams in Deutschland.“ Dies könnte den Zentralrat der Muslime stärken.

Abou Taam erwartet, dass die Syrer schon aus sprachlichen Gründen den Anschluss an arabi-sche Gemeinden suchen werden. Diese sind oft stärker politisiert als die Ditib. Das Spektrum des sun-nitischen Islams arabischer Prä-gung reicht von einer volkskon-servativen Richtung über die Mus-limbruderschaft bis in den Salafis-mus hinein. „Welche Richtung sich am Ende durchsetzt, hängt ent-scheidend davon ab, auf welche Rahmenbedingungen sie hier tref-

fen.“ Daher haben nach Abou Taams Ansicht die islamischen Verbände eine große Verantwor-tung, „die positiven Einflüsse zu stärken und negative einzudäm-men“, sagt der Wissenschaftler in Diensten des Landeskriminalamts Rheinland-Pfalz.

Die Moscheengemeinden in Deutschland gehen meist offen auf die Neuankömmlinge zu. „Wir la-den die hier eintreffenden Flücht-linge zum Freitagsgebet ein“, sagt der stellvertretende Vorsitzende des Ditib-Landesverbands Rhein-land-Pfalz, Cihan Sen. Die Ver-sammlungen sind für alle offen, der Unterschied zwischen Türken und Arabern spielt da keine Rolle. Mitglieder der Moscheengemeinde

sind auch oft zu Besuch in den Un-terkünften, um Geschenke oder Es-sen zu verteilen.

„Alles, was beim Ankommen hilft, ist positiv, dazu gehören auch die religiösen Angebote“, sagt der rheinland-pfälzische Migrations-beauftragte Miguel Vicente. Mit der Integration der geflüchteten Menschen könnte die Vielfalt der Verbände in der islamischen Ge-meinschaft zunehmen – „das ist ei-ne Dynamik, die wir jetzt noch nicht absehen können.“

Irakische Flüchtlinge könnten dem schiitischen Islam in Deut-schland Auftrieb geben, der bisher vor allem vom Islamischen Zentrum Hamburg vertreten wird. Aller-dings ist dieses bislang sehr ira-

nisch geprägt. Abou Taam hält es für denkbar, dass es zu Neugrün-dungen von irakisch-schiitischen Gemeinden kommen könnte.

„Vielfalt ist positiv“, sagt Abou Taam. „Aber je vielfältiger eine Gesellschaft ist, desto notwendiger ist es, dass man Gemeinsamkeiten aushandelt.“ Die in den vergange-nen Jahren entstandenen Treffen, Konferenzen und runden Tische dienen vor allem dem interreligiö-sen Dialog oder dem Austausch zwischen islamischen Verbänden und politischen Akteuren. „Wir ha-ben aber keinen islamischen Dia-log, das wäre absolut notwendig“, sagt Abou Taam. „Der Anstoß da-für müsste von den islamischen Verbänden kommen.“